

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern** **Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Abend), 1. Juni 2016

Polizei- und Militärdirektion**44 2016.RRGR.285 Motion 064-2016 Mühlheim (Bern, glp)
Eine politisch breit zusammengesetzte Begleitgruppe UMA und UMF ist notwendig!**

Vorstoss-Nr.:	064-2016
Vorstossart:	Motion
Eingereicht am:	14.03.2016
Eingereicht von:	Mühlheim (Bern, glp) (Sprecher/in) Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) Linder (Bern, Grüne) Schenk-Anderegg (Schüpfen, BDP)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit gewährt: Ja	17.03.2016
RRB-Nr.: 503/2016	vom 4. Mai 2016
Direktion:	Polizei- und Militärdirektion

Eine politisch breit zusammengesetzte Begleitgruppe UMA und UMF ist notwendig!

Der Regierungsrat wird aufgefordert, zur Flüchtlingsthematik der UMA (unbegleitete, minderjährige Asylbewerber) und UMF (unbegleitete, minderjährige «vorläufig Aufgenommene») und insbesondere deren Integrationsmassnahmen im Kanton Bern eine politisch breit zusammengesetzte Begleitgruppe mit Mitgliedern aus dem Grossen Rat, der betroffenen Direktionen, Gemeinden und weiteren betroffenen Institutionen einzusetzen.

Begründung:

Im Bereich UMA und UMF sind verschiedene Direktionen und weitere öffentliche und private Stellen involviert, was hinsichtlich Gesamtüberblick und Schnittstellenbearbeitung eine Herausforderung darstellt. Auch die Kosten fallen je unterschiedlich an, was es ebenfalls schwierig macht, einen Kostenüberblick zu erhalten. Der Grosse Rat ist aufgrund der Aufsplitterung nicht in der Lage, die Entwicklungen in der Flüchtlingsthematik der UMA und UMF gesamthaft beurteilen zu können. Es braucht eine politisch breit zusammengesetzte Begleitgruppe aus Mitgliedern des Grossen Rates, die dieses Thema begleitet. Die Direktionen POM, GEF, JGK und ERZ sowie weitere Stellen sind ebenfalls in dieser Begleitgruppe für UMA und UMF vertreten.

Begründung der Dringlichkeit: Der starke und schnelle Anstieg von UMA und UMF, auch im Kanton Bern, macht es nötig, innert kürzester Zeit eine breit abgestützte, politisch legitimierte Begleitgruppe zu initiieren, die sich mit allen Fragen rund um die Zielgruppe befasst.

Antwort des Regierungsrats

Der Bund plant, den Asylbereich neu zu strukturieren, insbesondere mit dem Ziel der Verfahrensbeschleunigung. Der Regierungsrat hat die Polizei- und Militärdirektion sowie die Gesundheits- und Fürsorgedirektion beauftragt, die Stossrichtung «Integration von Beginn an durch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion und konsequenter und schneller Vollzug durch die Polizei- und Militärdirektion» und die damit verbundene Übergabe der Asylsozialhilfe von der Polizei- und Militärdirektion an die Gesundheits- und Fürsorgedirektion im Rahmen eines Projektes weiterzuverfolgen. Die Konzeptphase für das Projekt «Neustrukturierung des Asylbereichs Bern» (NA-BE), welches bis Mitte 2019 umgesetzt werden soll, wurde gestartet.

Die Umsetzung der strategischen Fragen betreffend unbegleitete, minderjährige Asylbewerber UMA und unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge (UMF) und deren Bearbeitung innerhalb von NA-BE

werden unter der Federführung des Sozialamts der GEF mit Einbezug der POM, VOL, ERZ und JGK vorgenommen. Die Koordinationsgruppe hat die Arbeiten im Dezember 2015 aufgenommen. Die Ergebnisse fliessen in die zukünftige Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich ein. Innerhalb der Koordinationsgruppe wurde beschlossen, die Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich und die bisherigen Konzepte dem Grossen Rat voraussichtlich in der November-session 2016 zu unterbreiten.

Des Weiteren soll ab Juni 2016 ein Sounding Board eingeführt werden. Mit diesem sollen sich die wichtigsten verwaltungsexternen Vertreterinnen und Vertreter der Partner und Anspruchsgruppen im Asylbereich in die Erarbeitung der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich sowie der Detailkonzepte einbringen können. Sämtliche Mitglieder des Sounding Boards werden ihre politische und fachliche Sicht zum Entwurf der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich und zu den Detailkonzepten nach Abschluss der Konzeptionsphase geben können. Ziel dieses Informationsaustausches ist es, potenzielle Hindernisse rechtzeitig zu erkennen. Damit ist sichergestellt, dass bei Bedarf Anpassungen an der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich oder in der Detailkonzeption vorgenommen werden können, bevor der Regierungsrat und schliesslich der Grosse Rat ihre Beschlüsse treffen.

Der Regierungsrat begrüsst das Anliegen der Motionäre. Auf der Basis der Ergebnisse des Sounding Boards soll geprüft werden, wie eine politische Begleitgruppe im UMA/UMF-Bereich den aktuellen Prozess zielführend begleiten könnte. Der Regierungsrat beabsichtigt eine thematisch weitergefasste Einbindung im Rahmen des Projekts NA-BE und beantragt deshalb die Annahme als Postulat.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme als Postulat

Präsident. Wir fahren mit Traktandum 44 weiter. Diese Motion wurde zurückgezogen, die Motionärin wünsch aber das Wort. Bitte, Sie haben das Wort, Grossrätin Mühlheim.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). In der Diskussion hier im Grossen Rat habe ich festgestellt, dass Sie alle ein bisschen sehr auf meine Motionsinhalte fixiert sind. Der Regierungsrat führt richtig und berechtigt aus, dass man schon einen Schritt weiter ist und bereits eine gesamte Strategie diskutiert. Es soll ein Sounding Board eingeführt und uns hier eine Gesamtstrategie vorgelegt werden. Und in Anbetracht dieses Gesamtpakets wird die Diskussion darüber geführt werden, mit wem und unter welchen Bedingungen es eine Art Runden Tisch oder Begleitgruppen geben wird und ob überhaupt. Das hätte mir genügt. Jemand hat gesagt, lass die Regierung regieren. Ja, das tun wir. Deshalb ist es auch wichtig, dass sie entscheiden kann, welche Struktur sie will. Weil ich gemerkt habe, dass Sie auch ein Postulat ablehnen würden, da Sie so fixiert auf meine Begleitgruppe sind, ziehe ich meinen Vorstoss lieber zurück. Denn ich weiss, es wird daran gearbeitet und ich will kein falsches Signal setzen, wobei ich das Gefühl habe, es sei auch nicht das Ihre. Mir ist wichtig, dass etwas läuft und dass insbesondere die Gruppen, die mit diesen Fragenstellungen zu tun haben, alle in einem halbwegs guten Ton zusammenarbeiten können. Ich möchte nur noch kurz auf Folgendes hinweisen: Es ist erstaunlich, wenn eine Gemeinderätin der Stadt Bern Tacheles spricht. Ich nehme nicht dazu Stellung, wer am Konflikt mit der Stadt Bern welche Verantwortung trägt. Mir ist aber wichtig, dass dies das letzte Mal gewesen ist, dass so etwas passiert. Die Stadt Bern und der Kanton Bern haben nicht zuletzt rund um das Zieglerspital gezeigt, dass auch anders zusammengearbeitet werden kann. Mir ist das in Zukunft wichtig. Die Asylthematik ist ein hochemotionales Thema, ähnlich wie der Bereich der Sucht, in dem ich arbeite. Da gibt es nur eines: Die Integrierenden müssen zusammensitzen und ins gleiche Boot steigen, auch wenn sie vielleicht unterschiedliche Haltungen haben. Weil ich spüre, dass GEF, POM, JGK und alle Direktionen jetzt übergreifend daran sind, ein gemeinsames Projekt aufzustellen, ziehe ich die Motion, bzw. das Postulat, zurück. Ich habe das erreicht, was ich wollte, oder besser gesagt, die Direktionen haben bereits selbst festgestellt, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

